

No. 36493

**Germany
and
Lithuania**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania on the return/readmission of persons (Agreement on readmission) (with protocol and annexes). Berlin, 16 December 1998

Entry into force: *1 January 2000 by notification, in accordance with article 11*

Authentic texts: *German and Lithuanian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 16 February 2000*

**Allemagne
et
Lituanie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant le renvoi ou la réadmission de personnes (Accord de réadmission) (avec protocole et annexes). Berlin, 16 décembre 1998

Entrée en vigueur : *1er janvier 2000 par notification, conformément à l'article 11*

Textes authentiques : *allemand et lituanien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 16 février 2000*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Litauen
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Litauen -

ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihren Völkern,

in der Absicht, der illegalen Zuwanderung im Geiste der europäischen Anstrengungen entgegenzutreten,

von dem Bestreben geleitet, die Rückübernahme von Personen, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, und die Durchbeförderung von Personen im Einklang mit allgemeinen völkerrechtlichen Normen und im Geiste der Zusammenarbeit zu erleichtern -

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I
Übernahme eigener und sonstiger Staatsangehöriger
Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalitäten die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt. Das gleiche gilt für Personen, die während ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne eine andere Staatsangehörigkeit erworben oder nicht zumindest eine Einbürgerungszusicherung der anderen Vertragspartei erhalten zu haben.

(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Personen, die mit einem gültigen Nationalpaß der ersuchten Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind.

(3) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Personen unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung innerhalb von sechs Monaten ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 nicht erfüllt haben.

Artikel 2

(1) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei beantwortet ein Übernahmeansuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen.

(2) Nach erfolgter Zustimmung verständigen sich die zuständigen Behörden der Vertragsparteien schriftlich im voraus über den Überstellungstermin.

(3) Die Überstellung der Person erfolgt unverzüglich, im Regelfall innerhalb von einer Woche nach Ablauf der im Absatz 1 bestimmten Frist, im Ausnahmefall spätestens jedoch innerhalb eines Monats.

(4) Kann die ersuchende Vertragspartei die Übergabefrist nicht einhalten, unterrichtet sie unverzüglich die ersuchte Vertragspartei. Sie kündigt den neuen Überstellungstermin mindestens eine Woche vorher unter Bezugnahme auf das frühere Übernahmeansuchen an.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen und staatenlosen Personen bei
rechtswidriger Einreise und rechtswidrigem Aufenthalt

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei die Person, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt (Drittstaatsangehöriger), wenn sie die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei geltenden Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt nicht erfüllt und nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß die Person

1. über einen gültigen, durch die andere Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitel verfügt oder
2. ein gültiges, durch die andere Vertragspartei ausgestelltes Visum besitzt, wobei sich die ersuchende Vertragspartei bemüht, Rückführungen vorrangig in den Herkunftsstaat durchzuführen, oder
3. auf dem Luft- oder Seeweg unmittelbar aus dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei rechtswidrig in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist ist beziehungsweise die Einreise unter Verwendung gefälschter Dokumente erschlichen hat.

(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Personen, die ihren letzten Wohnsitz im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei hatten.

Artikel 4

(1) Der Antrag auf Übernahme muß innerhalb von 12 Monaten nach Kenntnis der zuständigen Behörden von der rechtswidrigen Einreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts des Drittstaatsangehörigen gestellt werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die Übernahmeersuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen.

(3) Die kontrollierte Übernahme des Drittstaatsangehörigen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei nur im Falle rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse für die Übernahme und nur für die Dauer dieser Hindernisse verlängert.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen sich schriftlich im voraus über den beabsichtigten Überstellungstermin.

(5) Die ersuchende Vertragspartei übernimmt einen Drittstaatsangehörigen ohne besondere Formalitäten zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei innerhalb von dreißig Tagen nach der Übernahme des Drittstaatsangehörigen feststellt, daß die Voraussetzungen nach Artikel 3 nicht vorgelegen haben.

Abschnitt III
Durchbeförderung
Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien gestatten die Durchreise oder die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen durch ihr Hoheitsgebiet, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Weiterreise in mögliche Durchgangsstaaten und den Zielstaat sichergestellt ist.

(2) Die Durchreise oder die Durchbeförderung können abgelehnt werden, wenn

1. die Person in einem weiteren Durchgangsstaat oder im Zielstaat wegen der Gründe, die in den Konventionen gemäß Artikel 10 Absatz 1 dieses Abkommens genannt sind, der Gefahr der Verfolgung ausgesetzt wäre oder die Person eine Strafverfolgung oder Strafvollstreckung zu erwarten hätte oder
2. der Person im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei eine Strafverfolgung droht; der ersuchenden Vertragspartei ist davon vor der Durchbeförderung Kenntnis zu geben.

(3) Bei der Durchbeförderung im Luftverkehr wird die ersuchende Vertragspartei vom Erfordernis der Einholung eines Transit-Visums befreit.

(4) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV
Datenschutz
Artikel 6

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

1. die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit),
2. den Personalausweis oder den Reisepaß (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.),
3. sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben,
4. die Aufenthaltsorte und die Reisewege,
5. sonstige Angaben auf Ersuchen einer Vertragspartei, die diese für die Prüfung der Übernahmevoraussetzungen nach diesem Abkommen benötigt.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
6. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Abschnitt V
Kosten
Artikel 7

Alle mit der Rückführung zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei, ferner die Kosten der Durchbeförderung nach Artikel 5, werden von der ersuchenden Vertragspartei getragen. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme nach Artikel 4 Absatz 5.

Abschnitt VI
Durchführungsmodalitäten
Artikel 8

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen, insbesondere über

- a) die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung;
- b) die Angaben, Unterlagen und Beweismittel, die zur Übernahme erforderlich sind;
- c) die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Behörden;
- d) den Ersatz von Kosten nach Artikel 7;
- e) die Bedingungen für die Durchreise oder die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen

werden von dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenministerium der Republik Litauen in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

Abschnitt VII
Konsultationen
Artikel 9

- (1) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens und des Protokolls zu dessen Durchführung. Eventuelle Streitfragen werden von beiden Vertragsparteien im Rahmen der Konsultationen unter der Leitung der jeweiligen Innenministerien geregelt.
- (2) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über die Rechtsvorschriften, die die Genehmigung von Einreise und Aufenthalt in den Hoheitsgebieten ihres Staates regeln sowie über alle bisher abgeschlossenen und geltenden Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten.

Abschnitt VIII
Schlußbestimmungen
Artikel 10

- (1) Die Anwendung des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge nebst dem New Yorker Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.
- (2) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus völkerrechtlichen Übereinkünften bleiben unberührt.

Artikel 11

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens sind für die Bundesrepublik Deutschland die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt.
- (3) Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Litauen der Regierung der Bundesrepublik

Deutschland notifiziert hat, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für ihr Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 12

Dieses Abkommen kann in beiderseitigem Einvernehmen geändert oder ergänzt werden.

Artikel 13

Die Vertragsparteien unterrichten sich, soweit möglich, gegenseitig über die im Protokoll zu diesem Abkommen genannten Nachweis- und Glaubhaftmachungsmittel durch Übersendung von Mustern innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 14

Die Registrierung dieses Abkommens beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlaßt. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer unterrichtet, sobald diese vom Generalsekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 15

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit im Wege der amtlichen Notifikation suspendieren oder aus wichtigem Grund kündigen.

(2) Die Suspendierung dieses Abkommens tritt sieben Tage nach dem Zugang der Notifikation in Kraft. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Berlin am 16. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Republik Litauen



Protokoll
zur
Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Litauen
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Das Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und
das Innenministerium der Republik Litauen -

auf der Grundlage von Artikel 8 des Abkommens vom 16. Dezember 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen) -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit oder der früheren Staatsangehörigkeit kann geführt werden

a) für deutsche Staatsangehörige durch

- Staatsangehörigkeitsurkunden;
- Nationalpässe, Sammelpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Paßersatzpapiere;
- Personalausweise (auch vorläufige);
- Wehrpässe und Militärausweise;
- Kinderausweise als Paßersatz;
- amtlich ausgestellte Dokumente;
- Seefahrtsbücher und Schifferausweise;

- Behördenauskünfte mit eindeutigen Aussagen.

b) für litauische Staatsangehörige durch

- Nationalpässe, Diplomatenpässe;

- Heimreisedokumente;

- Wehrpässe und Militärausweise;

- Reise-Kinderausweise;

- Beamtenausweise.

(2) Der Nachweis des Wohnsitzes nach Artikel 3 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens kann durch behördliche Bescheinigungen der ersuchten Vertragspartei oder amtliche Dokumente eines Drittstaats geführt werden.

(3) Bei der Vorlage der in den Absätzen 1 und 2 genannten gültigen Nachweise wird die Staatsangehörigkeit oder der Wohnsitz verbindlich anerkannt, ohne daß es einer weiteren Überprüfung bedarf.

(4) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen

a) für deutsche Staatsangehörige durch

- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;

- Führerscheine;

- Geburtsurkunden;

- Firmenausweise;

- Kopien der genannten Dokumente;

- Zeugenaussagen über die Staatsangehörigkeit;

- eigene Angaben des Betroffenen;

- die Sprache des Betroffenen.

b) für litauische Staatsangehörige durch

- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;

- Führerscheine;

- Geburtsurkunden;

- Seefahrtsbücher und Schifferausweise;

- Firmenausweise;

- Kopien der genannten Dokumente;

- Zeugenaussagen über die Staatsangehörigkeit;

- eigene Angaben des Betroffenen;

- die Sprache des Betroffenen

sowie andere Dokumente, die bei der Feststellung der Staatsangehörigkeit behilflich sein könnten.

(5) Die Glaubhaftmachung nach Artikel 3 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens kann insbesondere durch Dokumente, Bescheinigungen und Belege erfolgen, die auf den Wohnsitz im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei hindeuten.

(6) Für den Fall der Glaubhaftmachung gilt die Staatsangehörigkeit oder der Wohnsitz unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(7) Die in den Absätzen 1 und 2 sowie 4 und 5 aufgeführten Dokumente genügen auch dann als Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes, wenn sie durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

Artikel 2

Das Übernahmersuchen kann von der ersuchenden Vertragspartei

1. bei der zuständigen Auslandsvertretung, wenn zum Zwecke der Rückführung um die Ausstellung eines Reisedokuments als Paßersatz zur Rückkehr ersucht wird,
2. im übrigen bei den in Artikel 6 Buchstabe b) genannten zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei gestellt werden.

Artikel 3

(1) Die zuständige Auslandsvertretung der ersuchten Vertragspartei stellt der Person, deren Übernahme die ersuchte Vertragspartei zugestimmt hat, erforderlichenfalls unverzüglich ein Reisedokument als Paßersatz zur Rückkehr aus, das auch von möglichen Transitstaaten anerkannt wird; einer zusätzlichen Zustimmung zur Übergabe bedarf es in diesem Falle nicht.

(2) Das Übernahmersuchen nach Artikel 2 muß entsprechend den vorhandenen Unterlagen beziehungsweise den Angaben der zu übernehmenden Personen folgende Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übernehmenden Personen (Vornamen, Namen, Geburtsdatum und -ort sowie letzter Wohnort im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei);
- Bezeichnung der Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für die Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei;

- Hinweise auf eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen.

(3) Ersucht bei Ausstellung des Reisedokuments die Auslandsvertretung um kontrollierte Rückführung, ist die Überstellung mindestens zwei Werktage vorher den in Artikel 6 Buchstabe b) genannten zuständigen Behörden anzukündigen.

Artikel 4

(1) Dieser Artikel bezieht sich auf Personen, die weder die deutsche noch die litauische Staatsangehörigkeit besitzen (Drittstaatsangehörige und Staatenlose).

(2) Der Antrag auf Übernahme muß Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für die rechtswidrige Einreise oder den rechtswidrigen Aufenthalt und, soweit möglich, die folgenden Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übergebenden Person (Vornamen, Namen, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- Art, Nummer und Ausstellungsort der Personaldokumente der zu übergebenden Person;
- Ort und Art der rechtswidrigen Einreise;
- Angaben zum rechtswidrigen Aufenthalt;
- Angaben zum Besitz eines von der ersuchten Vertragspartei ausgestellten gültigen Visums oder eines anderen Aufenthaltstitels;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;

- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen;
- Sprachenkenntnisse der zu übergebenden Person, insbesondere Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Dolmetschers für die Verständigung mit der zu übergebenden Person.

(3) Die Einreise in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates und der Aufenthalt im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates und die Rechtswidrigkeit dieser Einreise und dieses Aufenthalts sowie der Besitz eines von dem ersuchten Staat ausgestellten gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels gemäß Artikel 3 des Rückübernahmeabkommens müssen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.

1. Einreise und Aufenthalt im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates sowie der Besitz eines von dem ersuchten Staat ausgestellten gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels werden

a) nachgewiesen durch

- Aus- und Einreisestempel der Behörden der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten;
- Vermerke von Behörden der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten;
- Flugtickets, Bescheinigungen oder Rechnungen, die eindeutig den Aufenthalt der Person auf dem Gebiet des ersuchten Staates beweisen.

Ein in dieser Weise erfolgter Nachweis wird unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß weitere Erhebungen durchgeführt werden.

b) glaubhaft gemacht durch

- Eisenbahnfahrkarten, Flug- oder Schiffspassagen, die den Reiseweg auf dem Gebiet des ersuchten Staates belegen;
- Ort und Umstände, unter denen der Ausländer nach der Einreise aufgegriffen wurde;
- Aussagen von Angehörigen der Grenzbehörden, die den Grenzübertritt bezeugen können;
- Zeugenaussagen.

Eine in dieser Weise erfolgte Glaubhaftmachung gilt unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

2. Die Rechtswidrigkeit der Einreise oder des Aufenthalts wird nachgewiesen durch die Grenzübertrittspapiere der Person, in denen das erforderliche Visum oder eine sonstige Aufenthaltsgenehmigung für das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates fehlt. Für die Glaubhaftmachung der Rechtswidrigkeit der Einreise oder des Aufenthalts genügt die Angabe der ersuchenden Vertragspartei, daß die Person nach ihren Feststellungen die erforderlichen Grenzübertrittspapiere oder das erforderliche Visum oder eine sonstige Aufenthaltsgenehmigung nicht besitzt.

(4) Die Übergabe erfolgt an dem zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbarten Grenzübergang zu dem vereinbarten Zeitpunkt.

(5) Bei begleiteten Rückführungen ist das aus Anlage 1 ersichtliche Protokoll zu übergeben.

Artikel 5

(1) Der Antrag auf Durchbeförderung nach Artikel 5 des Rückübernahmeabkommens ist schriftlich zu stellen. Der Antrag muß, soweit möglich, die persönlichen Daten des Ausländers (Vornamen, Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Art und Nummer des Reisedokuments) und stets die Erklärung enthalten, daß die Voraussetzungen gemäß Artikel 5 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens erfüllt sind und daß keine Gründe für die Ablehnung gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens bekannt sind. Ferner müssen der vorgesehene Grenzübergang, der vorgesehene Zeitpunkt der Übergabe und gegebenenfalls der Umstand, daß eine besondere gesundheitliche Pflege sichergestellt werden muß, angegeben werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei benachrichtigt unverzüglich schriftlich die ersuchende Vertragspartei über die Übernahme mit Angabe des Grenzübergangs und des vorgesehenen Zeitpunkts der Übernahme oder über die Ablehnung der Übernahme und die Gründe der Ablehnung.

(3) Die Durchbeförderung einer Person über das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei bedarf der Genehmigung; dazu ist der als Anlage 2 beigefügte Vordruck zu verwenden. Im Falle der Übergabe der Person an die ersuchte Vertragspartei ist der als Anlage 1 beigefügte Vordruck zu übergeben.

(4) Die Durchbeförderung und ihre etwaige erforderliche amtliche Begleitung erfolgt auf dem Land-, See- oder Luftweg bis zur Grenze des ersuchten Staates durch Begleiter der ersuchenden Vertragspartei.

Für die weitere Begleitung der Personen bis zum Zielstaat ist zuständig

- auf dem Landweg die ersuchte Vertragspartei und
- auf dem Luftweg die ersuchende Vertragspartei; die ersuchte Vertragspartei kann die Übernahme der amtlichen Begleitung auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei übernehmen.

(5) Für die Vereinbarung über die anfallenden Kosten und deren Verrechnung ist auf deutscher Seite die Grenzschutzdirektion und auf litauischer Seite das Innenministerium zuständig.

Artikel 6

Zuständige Behörden:

a) hinsichtlich der Beantragung von Pässen und Heimreisedokumenten, die von den Auslandsvertretungen ausgestellt werden:

- seitens der Bundesrepublik Deutschland:
 - die mit der Ausführung des Ausländerrechts betrauten Behörden der Bundesländer (Ausländerbehörden, Regierungspräsidien, Innenminister/-senatoren der Länder) oder
 - Grenzschutzdirektion;
- seitens der Republik Litauen:

Ministerium des Innern
SALTONISKIU 19
2000 VILNIUS LITAUEN
Fax: (3702) 725364
Tel.Nr. (3702) 723069

b) für die Beantragung und die Bearbeitung von Übernahmeersuchen:

- seitens der Bundesrepublik Deutschland:

Grenzschutzdirektion
Roonstraße 13
D-56068 Koblenz
Telefon: 0049 261 399-0 (Vermittlung)
0049 261 399-0 (Lagezentrum/Dauerdienst)
FAX: 0049 261 399218;

- seitens der Republik Litauen:

Ministerium des Innern
SALTONISKIU 19
2000 VILNIUS LITAUEN
Fax: (3702) 725364
Tel.Nr. (3702) 723069

- c) für im direkten Luft- oder Seeverkehr bestehende Passagen;

- die für den jeweiligen Grenzübergang zuständige Grenzbehörde, längstens bis zu vier Tagen nach erfolgter Ausreise aus dem Vertragsstaat.

- d) für Durchbeförderungsanträge:

- seitens der Bundesrepublik Deutschland:

Grenzschutzdirektion
Roonstraße 13
D-56068 Koblenz
Telefon: 0049 261 399-0 (Vermittlung)
0049 261 399-0 (Lagezentrum/Dauerdienst)
FAX: 0049 261 399218;

- seitens der Republik Litauen:

Migrationsdepartement
Ministerium des Innern
SALTONISKIU 19
2000 VILNIUS LITAUEN
Fax: (3702) 725364
Tel.Nr. (3702) 723069

Artikel 7

Die eventuellen Streitfragen bei der Durchführung dieses Protokolls werden im Verfahren nach Artikel 9 des Rückübernahmeabkommens geregelt.

Artikel 8

(1) Dieses Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Rückübernahmeabkommen in Kraft.


(2) Dieses Protokoll gilt für dieselbe Dauer wie das Rückübernahmeabkommen.

Geschehen zu Berlin am 16. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium des Innern der
Bundesrepublik Deutschland



Für das Innenministerium der
Republik Litauen



Anlage 1
zum
Protokoll
zur
Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Litauen
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Protokoll über Rückführungen und Durchbeförderungen
von Drittstaatsangehörigen

(Behörde)

(Ort, Datum)

1. Vorname und Name _____
Datum und Ort der Geburt _____
Wohnort im Herkunftsland (soweit bekannt) _____

Staatsangehörigkeit _____
Identität wurde festgestellt auf der Grundlage von: _____

2. Minderjährige bis 18 Jahre: _____

3. Gründe für das Ersuchen: _____

4. Nachweise oder Glaubhaftmachungsmittel der rechtswidrigen Einreise oder
des rechtswidrigen Aufenthalts: _____

5. Anlagen
a) _____
b) _____
c) _____
6. Im Zusammenhang mit der Übergabe der Person zu übergebenden Gegen-
stände, Dokumente und Geld _____

7. Die Übergabe der Person ist wie folgt vorgesehen (Datum/Flug): _____

8. Der Übernahme wird zugestimmt
Der Übernahme wird nicht zugestimmt

9. Gründe der Ablehnung: _____

Unterschrift

Ort, Datum

10. Die Übergabe/Übernahme der Personen und die Übernahme der zu übergebenden Gegenstände, Dokumente oder Geld gemäß Nr. 6 wird hiermit bestätigt (nur bei begleiteten Rückführungen)

11. Bemerkungen: _____

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift

Anlage 2
zum
Protokoll
zur
Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Litauen
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Durchbeförderung

Dienststelle: _____ Telefon: _____
Sachbearbeiter/Unterschrift _____ Telefax: _____

Empfänger _____

1. Name _____ Vorname _____ Nationalität _____

Geburtsort/Geburtsdatum _____

Personaldokument _____

Begleitung ja nein Anzahl: _____

Routing, von/über/nach _____ Datum: _____

Transitflughafen/Flug-Nr.: an h: _____ ab h/Flug-Nr.: _____

2. Um Übernahme der Durchbeförderung durch Begleiter ab
..... wird gebeten ja nein

3.a) Der Durchbeförderung wird zugestimmt ja nein

b) Der Übernahme der Begleitung ab
wird zugestimmt ja nein

Unterschrift _____ Datum _____

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės

ir

Lietuvos Respublikos Vyriausybės

Sutartis

dėl asmenų gražinimo / perėmimo

(Readmisijos Sutartis)

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė
ir
Lietuvos Respublikos Vyriausybė

besiremdamos draugiškais abiejų valstybių ir jų tautų santykiais,
ketindamos Europos pastangų dvasioje priešintis neteisėtai asmenų imigracijai,
siekdamos palengvinti neteisėtai kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje esančių
asmenų gražinimą ir asmenų pervežimą tranzitu pagal visuotines tarptautinės
teisės normas bei bendradarbiavimo dvesioje,
susitarė:

I skyrius
Savo ir kitokių piliiečių perėmimas

1 straipsnis

- (1) Kiekviena Susitariančioji Šalis be ypatingų formalumų perima kitos Susitariančiosios Šalies prašymu asmenį, kuris prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritorijoje neįvykdė ar daugiau nevykdo galiojančių įvažiavimo ar buvimo tvarkos reikalavimų, jei yra įrodoma ar yra patvirtinama tikimybė, kad jis turi prašomosios Susitariančiosios Šalies pilietybę. Tai taip pat taikoma asmenims, kurie būdami kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje pilietybę prarado, negavę kitos valstybės pilietybės ar bent kitos Susitariančiosios Šalies užtikrinimo dėl pilietybės teisių suteikimo.
- (2) 1 pastraipa atitinkamai taikoma asmenims, į prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritoriją įvažiavusiems su galiojančiu prašomosios Susitariančiosios Šalies pasu.
- (3) Prašančioji Susitariančioji Šalis atsiima šį asmenį tokiomis pat sąlygomis, jei papildomas patikrinimas, trunkantis iki 6 mėnesių, nustato, kad jis išvykimo iš prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritorijos metu neatitiko 1 ir 2 pastraipų reikalavimų.

2 straipsnis

- (1) Prašomosios Susitariančiosios Šalies kompetentinga įstaiga atsako į prašymą perimti asmenį nedelsiant, t.y. neviršydamą 14 dienų.
- (2) Gavusios sutikimą, Susitariančiųjų Šalių kompetentingos įstaigos raštu iš anksto informuoja viena kitą apie perdavimo terminą.

(3) Asmuo perduodamas nedelsiant, paprastai, per vieną savaitę pasibaigus 1 pastraipoje nustatytam laikui, o išimties atveju - vėliausiai per vieną mėnesį.

(4) Jei prašančioji Susitariančioji Šalis laiku negali suspėti perduoti asmenį, ji nedelsiant informuoja prašomąją Susitariančiąją Šalį. Naują perdavimo terminą ji pranaša vėliausiai prieš savaitę, remdamasi ankstesniu prašymu perimti asmenį.

II skyrius

Trečiųjų valstybių piliečių ir asmenų be pilietybės perėmimas, šlems neteisėtai įvažiavus ir neteisėtai būnant

3 straipsnis

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis kitos Susitariančiosios Šalies prašymu perima asmenį, neturintį vienos iš Susitariančiųjų Šalių pilietybės (trečiosios valstybės pilietis), jei jis nevykdo galiojančių prašančiosios Susitariančiosios Šalies įvažiavimo ir buvimo reikalavimų ir jei įrodoma ar yra patvirtinama tikimybė, kad šis asmuo:

1. turi galiojantį kitos Susitariančiosios Šalies suteiktą dokumentuotą buvimo statusą, arba
2. turi galiojančią kitos Susitariančiosios Šalies išduotą vizą, tačiau prašančioji Susitariančioji Šalis stengiasi grąžinti tokį asmenį visų pirma į jo kilmės valstybę, arba
3. į prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritoriją atvyko neteisėtai betarpiškai iš prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijos oro ar jūros keliu arba įvažiavo neteisėtai, pasinaudodamas suklastotais dokumentais.

(2) 1 pastraipa taikoma ir asmenims, kurių paskutinė gyvenamoji vieta buvo prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijoje.

4 straipsnis

(1) Prašymas perimti privalo būti pateiktas per 12 mėnesių po to, kai kompetentingos institucijos sužino apie neteisėtą trečiųjų valstybių piliečių įvažiavimą arba jų neteisėtą buvimą.

(2) Prašomoji Susitariančioji Šalis atsako į prašymą perimti asmenį nedelsiant, tačiau ne vėliau kaip per 14 dienų.

(3) Kontroliuojamas trečiosios valstybės piliečio perėmimas neatidėliojamas, tačiau įvyksta ne vėliau kaip per 3 mėnesius po to, kai prašomoji Susitariančioji Šalis sutiko perimti. Prašančiosios Susitariančiosios Šalies prašymu šis laikotarpis

pratęsimas tik atsiradus teisinėms ar faktinėms kliūtims perimti ir tik šių kliūčių trukmės laikotarpiui.

(4) Susitariančiųjų Šalių kompetentingos įstaigos iš anksto susitaria raštu apie numatomą perdavimo laiką.

(5) Prašančioji Susitariančioji Šalis trečiųjų valstybių piliečius perima atgal be ypatingų formalumų, jei prašomoji Susitariančioji Šalis per trisdešimt dienų nuo tokių piliečių perėmimo nustato, kad 3 straipsnio reikalavimai nebuvo patenkinti.

III skyrius Pervežimas tranzitu

5 straipsnis

(1) Susitariančiosios Šalys leidžia pervažiuoti ar pervežti tranzitu per savo teritoriją trečiųjų valstybių piliečius, jei kita Susitariančioji Šalis to prašo ir jų tolimesnis vykimas į kitas galimas tranzitines valstybes ir į paskirties valstybę yra užtikrintas.

(2) Vykti arba pervežti tranzitu gali būti atsisakoma, jei:

1. asmeniui kitoje tranzitinėje valstybėje arba paskirties valstybėje dėl priežasčių, išdėstytų konvencijose išvardintose šios Sutarties 10 straipsnio 1 pastraipoje, galėtų grėsti persekiojimo pavojus arba jam grėstų baudžiamasis persekiojimas ar nuosprendžio įvykdymas, arba
2. asmeniui prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijoje gresia baudžiamasis persekiojimas; apie tai prašančioji Susitariančioji Šalis informuojama prieš pervežimą tranzitu.

(3) Jei pervežama tranzitu oro transportu, prašančioji Susitariančioji Šalis atleidžiama nuo reikalavimo gauti tranzitinę vizą.

(4) Pervežimui tranzitu perimtas asmuo, nepaisant duoto leidimo, gali būti gražintas kitai Susitariančiajai Šaliai, jei vėliau iškyla arba išaiškėja 2 pastraipoje išdėstyti faktai, kurie trukdys pervežant tranzitu, arba jei tolesnė kelionė arba perėmimas paskirties valstybėje nebuvo užtikrintas.

IV skyrius Duomenų apsauga

6 straipsnis

(1) Jeigu vykdamas šią Sutartį turi būti perduoti duomenys apie asmenį, tai ši informacija turi būti tik apie:

1. perduotino asmens ir, reikalui esant, šeimos narių anketinius duomenis (pavardę, vardą, reikalui esant, ankstesnę pavardę, kitus su pavarde susijusius duomenis ar pseudonimą, gimimo datą ir vietą, lytį, dabartinę ir ankstesnę pilietybę);
2. asmens identifikacinę kortelę ar kelionės pasą (numerį, galiojimo laiką, išdavimo datą, išdavusią įstaigą, išdavimo vietą ir t.t.);
3. kitus perduotino asmens identifikavimui reikalingus duomenis;
4. buvimo vietas ir kelionės maršrutus;
5. kitus vienos iš Susitariančiųjų Šalių prašomus duomenis, kurie pastarajai reikalingi patikrinti ar reikalavimai perimti asmenį atitinka šią Sutartį.

(2) Perduodant pagal šią Sutartį asmens duomenis galioja žemiau išvardinti reikalavimai, atsižvelgiant į kiekvienoje iš Susitariančiųjų Šalių galiojančią vidaus teisę:

1. Duomenis gavėjas naudoja tik nurodytam tikslui ir duomenis siunčiančios įstaigos nustatytais sąlygomis.
2. Gavęs prašymą, gavėjas informuoja duomenis siunčiančią įstaigą apie perduotų duomenų naudojimą ir apie jais naudojamus pasiekus rezultatus.
3. Asmens duomenys gali būti perduoti tik kompetentingoms institucijoms. Tolesnis jų perdavimas kitoms institucijoms galimas tik iš anksto pritarus siunčiančiai institucijai.
4. Siunčianti įstaiga įpareigota paisyti perduodamų duomenų teisingumo, kaip ir jų būtinumo bei proporcingumo, kiek siekiamas tikslas yra suderinamas su šia priemone. Kartu turi būti laikomasi atitinkamų šalies viduje galiojančių perdavimo draudimų. Jei pasitvirtina, kad buvo perduoti neteisingi duomenys arba duomenys, kurių negalima buvo perduoti, apie tai nedelsiant turi būti pranešta gavėjui. Jis įpareigotas duomenis ištaisyti arba sunaikinti.
5. Duomenis siunčianti įstaiga ir duomenis gaunanti įstaiga įpareigotos asmens duomenų siuntimą ir priėmimą dokumentuoti.
6. Duomenis siunčianti įstaiga ir duomenis gaunanti įstaiga įpareigotos efektyviai apsaugoti perduotus asmens duomenis nuo neteisėto priėjimo prie jų, neteisėtų pakeitimų juose darymo ir neteisėto jų pagarsinimo.

**V skyrius
Išlaidos**

7 straipsnis

Visas asmenų grąžinimo išlaidas iki prašomosios Susitariančiosios Šalies sienos bei pervežimo tranzitu išlaidas pagal 5 straipsnį apmoka prašančioji Susitariančioji Šalis. Tas pats taikoma ir 4 straipsnio 5 pastraipoje nurodytais perėmimo atvejais.

**VI skyrius
Sutarties vykdymo sąlygos**

8 straipsnis

Vokietijos Federacinės Respublikos Vidaus reikalų ministerija ir Lietuvos Respublikos Vidaus reikalų ministerija pasirašo Protokolą, kuriame susitariama dėl kitų šios Sutarties įgyvendinimui reikalingų nuostatų, visų pirma dėl:

- a) tarpusavio susižinojimo būdų;
- b) perėmimui reikalingų duomenų, dokumentų ir įrodymų;
- c) įstaigų, atsakingų už šios Sutarties vykdymą;
- d) šios Sutarties 7 straipsnyje numatytų išlaidų kompensavimo;
- e) trečiųjų valstybių piliečių vykimo per šalį ir jų pervežimo tranzitu sąlygų.

**VII skyrius
Konsultacijos**

9 straipsnis

(1) Taikydamos bei interpretuodamos šią Sutartį ir Protokolą dėl jų vykdymo, Susitariančiosios Šalys abipusiai remia viena kitą. Galimus ginčytinus klausimus abi Susitariančiosios Šalys sprendžia konsultacijų metu, vadovaujant Vidaus reikalų ministerijoms.

(2) Susitariančiosios Šalys abipusiai informuoja viena kitą apie teisės aktus, kurie reguliuoja leidimą atvykti ir būti jų valstybės teritorijose, kaip ir apie visas anksčiau sudarytas bei galiojančias Readmisijos Sutartis su trečiosiomis valstybėmis.

**VIII skyrius
Baigiamieji nuostatai**

10 straipsnis

(1) 1951 m. liepos 28 d. Ženevos Konvencijos dėl pabėgėlių statuso taikymas kartu su 1967 m. sausio 31 d. Niujorko Protokolu dėl pabėgėlių statuso lieka nepakitęs.

(2) Susitariančiųjų Šalių įsipareigojimai, kylantys iš tarptautinių sutarčių, lieka nepakitę.

11 straipsnis

(1) Ši Sutartis sudaroma neribotam laikui.

(2) Pasirašant šią Sutartį vidaus procedūros jos įsigaliojimui Vokietijos Federacinėje Respublikoje yra įvykdytos.

(3) Ši Sutartis įsigalioja pirmąją antrojo mėnesio dieną po datos, kai Lietuvos Respublikos Vyriausybė nota praneša Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybei, kad įvykdė būtinas vidaus procedūras šios Sutarties įsigaliojimui.

12 straipsnis

Ši Sutartis abiejų Susitariančiųjų Šalių sutikimu gali būti keičiama arba papildoma.

13 straipsnis

Susitariančiosios Šalys informuoja viena kita, jei tai įmanoma, apie šios Sutarties Protokole minimus pilietybę įrodančius ir tikimybę patvirtinančius, kad pilietybė yra tokia, dokumentus, apsikeisdamos jų pavyzdžiais per 30 dienų nuo Sutarties įsigaliojimo.

14 straipsnis

Šios Sutarties registravimą Jungtinių Tautų Generaliniame sekretoriате pagal Jungtinių Tautų Chartijos 102 straipsnį Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė inicijuoja nedelsiant po jos įsigaliojimo. Kita Susitariančioji Šalis informuojama pranešant suteiktą JT registracijos numerį, kai tik Jungtinių Tautų Generalinis sekretoriatas jį patvirtina.

15 straipsnis

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis gali šią Sutartį dėl visuomenės saugumo, viešosios tvarkos ar sveikatos priežasčių notifikacijos keliu suspenduoti arba nutraukti dėl kitos svarbios priežasties.

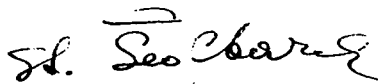
(2) Ši Sutartis laikoma suspenduota po septynių dienų po notos gavimo. Nutraukimas įsigalioja pirmąją dieną to mėnesio, kuris yra po mėnesio, kurį buvo gauta kitos Susitariančiosios Šalies nota.

Sudaryta Berlyne 1998 m. gruodžio 16 d. dviem egzemplioriais vokiečių ir lietuvių kalbomis, abu tekstai turi vienodą galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos
Vyriausybės vardu



Lietuvos Respublikos
Vyriausybės vardu



Protokolas
dėl Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės
ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės
1998 m. gruodžio 16 d. Sutarties
dėl asmenų grąžinimo / perėmimo
(Readmisijos Sutarties)
vykdymo

Vokietijos Federacinės Respublikos Vidaus reikalų ministerija
ir
Lietuvos Respublikos Vidaus reikalų ministerija

besiremdamos 1998 m. gruodžio 16 d. Vokietijos Federacinės Respublikos
Vyriausybės ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės Sutartimi dėl asmenų grąžinimo /
perėmimo (toliau - Readmisijos Sutartis), 8 straipsniu

susitarė:

1 straipsnis

(1) Pilietybė arba buvusi pilietybė gali būti įrodoma šiais dokumentais:

a) Vokietijos Federacinės Respublikos piliečiams:

- pilietybės liudijimais;
- piliečio pasais, grupiniais pasais, diplomatiniais pasais, tarnybiniais pasais, pasą pakeičiančiais dokumentais;
- asmens identifikacinėmis kortelėmis (taip pat ir laikinomis);
- karinės prievolės dokumentais;
- vaiko kelionės dokumentais;
- oficialiai išduotais dokumentais;
- jūrininko knygelėmis ir laivo įgulos pažymėjimais;
- įstaigų suteikta informacija su vienareikšmiais duomenimis.

b) Lietuvos Respublikos piliečiams:

- piliečio pasais, diplomatiniais pasais;
- asmens grąžimo pažymėjimais;
- karinės prievolės dokumentais;
- vaiko kelionės dokumentais;
- valstybės tarnautojo pažymėjimais.

(2) Gyvenamosios vietos įrodymas, numatytas Readmisijos Sutarties 3 straipsnio 2 pastraipoje, gali būti patvirtinamas prašomosios Susitariančios Šalies įstaigų išduotomis pažymomis arba oficialiais trečiosios valstybės dokumentais.

(3) Pateikus 1 ir 2 pastraipose išvardintus galiojančius įrodymus, pilietybė arba gyvenamoji vieta pripažįstama, neatliekant papildomo patikrinimo.

(4) Tikimybę, kad pilietybė yra tos šalies, patvirtina šie dokumentai:

a) Vokietijos Federacinės Respublikos piliečiams:

- dokumentų, išvardintų 1 pastraipoje, kopijos;
- vairuotojo pažymėjimai;
- gimimo liudijimai;
- firmų išduoti pažymėjimai;
- išvardintų dokumentų kopijos;
- liudytojų parodymai apie pilietybę;
- gražintino asmens parodymai;
- gražintino asmens kalba.

b) Lietuvos Respublikos piliečiams:

- dokumentų, išvardintų 1 pastraipoje, kopijos;
- vairuotojo pažymėjimai;
- gimimo liudijimai;
- jūrininko knygelės ir laivo įgulos pažymėjimai;
- firmų išduoti pažymėjimai;
- nurodytų dokumentų kopijos;
- liudytojų parodymai apie pilietybę;
- gražintino asmens parodymai;
- gražintino asmens kalba

ir kiti dokumentai, galintys padėti nustatyti pilietybę.

(5) Tikimybė pagal Readmisijos Sutarties 3 straipsnio 2 pastraipą gali būti patvirtinama visų pirma dokumentais, pažymomis ir patvirtinimais, kad gyvenamoji vieta yra prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijoje;

(6) Tikimybės patvirtinimo atveju tarp Susitariančiųjų Šalių galioja, kad pilietybė arba gyvenamoji vieta yra nustatyta, kol prašomoji Susitariančioji Šalis to nepaneigė;

(7) 1 ir 2 bei 4 ir 5 pastraipose išvardintų dokumentų pakanka, kad tikimybė dėl pilietybės arba gyvenamosios vietos yra patvirtinta, kad ji tokia, ir tada, jei jų galiojimo laikas yra pasibaigęs.

2 straipsnis

Prašymą perimti prašomajai Susitariančiajai Šaliai prašančioji Susitariančioji Šalis gali įteikti:

1. akredituotai diplomatinei atstovybei užsienyje, jei dėl asmens gražinimo prašoma išduoti kelionės dokumentą kaip pasą pakeičiantį dokumentą grįžimui;
2. kitais atvejais - 6 straipsnio b) punkte išvardintoms kompetentingoms įstaigoms.

3 straipsnis

(1) Prašomosios Susitariančiosios Šalies užsienyje akredituota diplomatinė atstovybė asmeniui, kurį prašomoji Susitariančioji Šalis sutiko perimti, jei reikia, kelionės dokumentą kaip pasą pakeičiantį dokumentą grįžimui išduoda nedelsiant, kurį pripažįsta ir galimos tranzito valstybės; šiuo atveju papildomo sutikimo perduoti nereikia.

(2) Prašyme perimti pagal 2 straipsnį, remiantis turimais dokumentais arba duomenimis apie perimtinus asmenis, turi būti ši informacija:

- perimtinų asmenų asmens duomenys (vardai, pavardės, gimimo data bei vieta, kaip ir paskutinė gyvenamoji vieta prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijoje);
- pilietybę arba gyvenamąją vietą prašomojoje Susitariančiojoje Šalyje įrodančių arba patvirtinančių tikimybę, kad ji tokia, priemonių įvardijimas;
- nuorodos dėl specialios pagalbos, slaugos arba priežiūros, susijusios su perduotino asmens liga ar amžiumi, jam sutinkant;

- kitos atskirais atvejais perdavimo metu reikalingos apsaugos arba saugumo priemonės.

(3) Jei diplomatinė atstovybė užsienyje, išduodama kelionės dokumentą prašo, kad gražinimas būtų kontroliuojamas, apie perdavimą ne mažiau kaip prieš dvi darbo dienas reikia informuoti 6 straipsnio b) punkte nurodytas kompetentingas įstaigas.

4 straipsnis

(1) Šis straipsnis taikomas asmenims, neturintiems nei Vokietijos Federacinės Respublikos, nei Lietuvos Respublikos pilietybės (trečiųjų valstybių piliečiams ir asmenims be pilietybės).

(2) Prašyme perimti turi būti nurodomos priemonės, įrodančios neteisėtą įvažiavimą arba neteisėtą buvimą ar patvirtinančios to tikimybę, ir, pagal galimybę, ši informacija:

- perduotinių asmenų asmens duomenys (vardai, pavardės, gimimo data bei vieta, pilietybė ir paskutinė gyvenamoji vieta kilmės valstybėje);

- perduotino asmens asmens dokumentų rūšis, numeris ir išdavimo vieta;

- neteisėto įvažiavimo vieta ir būdas;

- duomenys apie neteisėtą buvimą;

- duomenys apie tai, ar asmuo turi prašomosios Susitariančiosios Šalies išduotą galiojančią vizą arba suteiktą kitą dokumentuotą buvimo teisinį statusą;

- specialios pagalbos, slaugos arba priežiūros, susijusios su perduotino asmens liga ar amžiumi, būtinumas, jam nepreištaraujant;

- kitos, atskirais atvejais perdavimui reikalingos apsaugos arba saugumo priemonės;

- perduotino asmens kalbų mokėjimas, o ypač - ar susikalbėjimui su perduotiniu asmeniu reikalingas vertėjas.

(3) Įvažiavimas į prašančiosios valstybės teritoriją bei buvimas prašančiosios valstybės teritorijoje ir šio įvažiavimo bei buvimo neteisėtumas ir galiojančios prašomosios valstybės išduotos vizos arba kito dokumentuoto buvimo teisinio statuso turėjimas, numatytas Readmisijos Sutarties 3 straipsnyje, privalo būti įrodyti arba patvirtinti jų tikimybė.

1. Įvažiavimą į prašančiosios valstybės teritoriją bei buvimą prašančiosios valstybės teritorijoje, kaip ir galiojančios prašomosios valstybės išduotos vizos arba kito dokumentuoto buvimo teisinio statuso turėjimą

a) įrodo:

- prašomosios Susitariančiosios Šalies tarnybų spaudai apie atvykimą ir išvykimą kelionės dokumentuose;
- prašomosios Susitariančiosios Šalies tarnybų įrašai kelionės dokumentuose;
- lėktuvo bilietas, pažymos ir sąskaitos, kurie vienareikšmiškai įrodo asmens buvimą prašomosios Valstybės teritorijoje.

Kiekviena iš šių įrodymų abi Susitariančiosios Šalys privalo pripažinti bei papildomo patikrinimo.

b) tikimybę patvirtina:

- geležinkelio, lėktuvo arba laivo bilietai, patvirtinantys kelionės maršrutą prašomosios valstybės teritorijoje;
- atvykusio užsieniečio sulaikymo vieta ir aplinkybės;
- pasienio tarnybų darbuotojų, kurie gali paliudyti sienos perėjimą, parodymai;
- liudytojų parodymai.

Kiekviena tokiu būdu nustatyta tikimybė Susitariančiųjų Šalių pripažįstama galiojančia tol, kol prašomoji Susitariančioji Šalis to nepaneigė.

2. Įvažiavimo arba buvimo neteisėtumas įrodomas asmens dokumentais, kuriuos turėdamas jis perėjo sieną ir kuriuose nėra reikalaujamos vizos arba kito leidimo būti prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritorijoje. Tikimybei patvirtinti, kad asmuo įvežė arba buvo neteisėtai, pakanka, jei prašančioji Susitariančioji Šalis informuoja, jog ji nustatė, kad asmuo neturi reikalaujamų dokumentų kirsti sieną arba reikalaujamos vizos, ar kitokio leidimo būti.

(4) Perdavimas įvyksta Susitariančiųjų Šalių kompetentingų institucijų sutartame sienos perėjimo punkte sutartu laiku.

(5) Gražinimo su palyda atveju perduodamas 1 priede pateiktas protokolas.

5 straipsnis

(1) Prašymas pervežti tranzitu pagal Readmisijos Sutarties 5 straipsnį turi būti pateiktas raštu. Prašyme pagal galimybę turi būti nurodyti užsieniečio asmens duomenys (vardai, pavardės, gimimo data, gimimo vieta, pilietybė, kelionės dokumento rūšis ir numeris) ir visada turi būti nurodoma, kad Readmisijos sutarties 5 straipsnio 1 pastraipos reikalavimai yra tenkinami ir kad pagal Readmisijos sutarties 5 straipsnio 2 pastraipą nėra žinoma priežasčių, dėl ko gali būti atmestas prašymas pervežti tranzitu. Toliau turi būti nurodyti: numatomas sienos perėjimo punktas, numatomas perdavimo laikas ir, esant reikalui, tai, kad privalo būti užtikrinta speciali medicininė slauga.

(2) Prašomoji Susitariančioji Šalis nedelsiant raštu informuoja prašančiąją Susitariančiąją Šalį apie perėmimą, nurodydama sienos perėjimo punktą ir numatamą perėmimo laiką arba apie atsisakymą perimti ir pastarojo priežastį.

(3) Asmens pervežimui tranzitu per kitos Susitariančiosios Šalies teritoriją turi būti gautas leidimas; tam turi būti naudojamas 2 priede pateiktas blankas. Jei asmuo perduodamas prašomajai Susitariančiajai Šaliai, perduodamas 1 priede pateiktas blankas.

(4) Pervežimas tranzitu ir atskirais atvejais reikalingas tarnybinis lydėjimas vyksta sausumos, vandens arba oro keliu iki prašomosios valstybės sienos, prašančiajai Susitariančiajai Šaliai skiriančiąsias lydinčiuosius asmenis.

Už tolesnį asmenų lydėjimą iki paskirties valstybės atsakingi:

- sausumos keliu - prašomoji Susitariančioji Šalis, ir
- oro keliu - prašančioji Susitariančioji Šalis; prašomoji Susitariančioji Šalis prašančiosios Susitariančiosios Šalies prašymu tarnybinių lydėjimą gali perimti.

(5) Už susitarimą dėl susidarančių išlaidų ir jų apmokėjimo iš Vokietijos pusės atsakinga Sienos apsaugos direkcija, o iš Lietuvos pusės - Vidaus reikalų ministerija.

6 straipsnis

Kompetentingos įstaigos, atsakingos:

a) už prašymų pateikimą išduoti pasus ir grįžimo dokumentus, kuriuos išduoda užsienyje akredituotos atstovybės:

- iš Vokietijos Federacinės Respublikos pusės:

- federalinių žemių įstaigos, kurios patikėtas užsieniečių teisės vykdymas (užsieniečių reikalų įstaigos, apygardų prezidentai, žemių vidaus reikalų ministrai / senatoriai) arba

- Sienos apsaugos direkcija;

- iš Lietuvos Respublikos pusės:

Lietuvos Respublikos Vidaus reikalų ministerija
Saltoniškių 19,
2000 Vilnius,
Faks.: (3702) 725364
Tel.: (3702) 723069

b) už prašymų perimti asmenį pateikimą ir svarstymą:

- iš Vokietijos Federacinės Respublikos pusės:

Sienos apsaugos direkcija,
Roonstraße 13,
D 56068 Koblenz
Tel.: (49 261) 399-0 (komutatorius)
(49 261) 399-0 (situacijų centras / nuolatinė tarnyba)
Faks.: (49 261) 399218;

- iš Lietuvos Respublikos pusės:

Lietuvos Respublikos Vidaus reikalų ministerija
Saltoniškių 19,
2000 Vilnius
Faks.: (3702) 725364
Tel.: (3702) 723069

c) už tiasioginius oro ir jūros susisiekimo kelius:

- už atitinkamą sienos perėjimo punktą atsakinga pasienio tarnyba -
ne ilgiau kaip keturias dienas po išvykimo iš Susitariančiosios Šalies.

d) už prašymus pervežti tranzitu:

- iš Vokietijos Federacinės Respublikos pusės:

Sienos apsaugos direkcija,
Roonstraße 13,
D 56068 Koblenz
Tel.: (49 261) 399-0 (komutatorius)
(49 261) 399-0 (situacijų centras / nuolatinė tarnyba)
Faks.: (49 261) 399218;

- iš Lietuvos Respublikos pusės:

Lietuvos Respublikos Vidaus reikalų ministerijos
Migracijos departamentas
Saltoniškių 19,
2000 Vilnius
Faks.: (3702) 725364
Tel.: (3702) 723069

7 straipsnis

Galimi ginčytini klausimai, iškilę vykdant šį Protokola, sprendžiami Readmisijos Sutarties 9 straipsnyje numatyta tvarka.

8 straipsnis

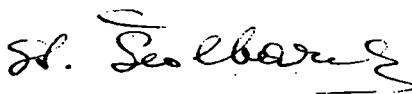
- (1) Šis Protokolas įsigalioja kartu su Readmisijos Sutartimi.
- (2) Šio Protokolo galiojimo laikas lygus Readmisijos Sutarties galiojimo laikui.

Sudaryta Berlyne 1998 m. gruodžio 16 d. dviem egzemplioriais vokiečių ir lietuvių kalbomis, abu tekstai turi vienodą galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos
Vidaus reikalų ministerijos vardu



Lietuvos Respublikos
Vidaus reikalų ministerijos vardu



**Protokolo
dėl Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės
ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės
1998 m. gruodžio 16 d. Sutarties dėl asmenų gražinimo / perėmimo
(Readmisijos Sutarties) vykdymo
1 priedas**

**Protokolas dėl trečiųjų valstybių piliečių
grąžinimo ir pervežimo tranzitu**

(Jstaiga)

(Vieta, data)

1. Vardas ir pavardė _____
Gimimo data ir vieta _____
Gyvenamoji vieta kilmės šalyje (jei žinoma) _____

Pilietybė _____
Tapatybė buvo nustatyta, remiantis: _____

2. Nepilnamečiai iki 18 metų _____

3. Prašymo priežastys _____

4. Neteisėto įvažiavimo arba neteisėto buvimo įrodymai arba tikimybės
patvirtinimai _____

5. Priedai:
a) _____
b) _____
c) _____

6. Perduotini daiktai, dokumentai ir pinigai, susiję su asmens perdavimu

7. Asmenį numatoma perduoti (data/reisas) _____

8. Perimti sutinkama
Perimti atsisakoma

9. Atsisakymo priežastis _____

Parašas

Vieta, data

10. Patvirtinama, kad asmenys perduoti/perimti ir perduotini 6 punkte išvardinti daiktai, dokumentai arba pinigai yra perimti (tik gražinimo su palyda atveju).

11. Pastabos: _____

Vieta, data

Parašas

Parašas

Protokolo
dėl Vckietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės
ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės
1998 m. gruodžio 16 d. Sutarties dėl asmenų grąžinimo / perėmimo
(Readmisijos Sutarties) vykdymo
2 priedas

Pervežimas tranzitu

Istaiga: _____ Telefonas: _____
Vykdytojas/Parašas _____ Telefaksas: _____

Gavėjas _____

1. Pavardė _____ Vardas _____ Tautybė _____

Gimimo vieta/Gimimo data _____

Asmens dokumentas _____

Palyda taip ne Skaičius: _____

Maršrutas, iš/per/į _____ Data: _____

Tranzito oro uostas/reiso Nr. _____ išvykimo laikas/reiso Nr. _____
ir atvykimo laikas _____

2. Prašoma perimti pervežimą tranzitu su lydinčiais asmenimis,
nuo taip ne

3. a) Pervežti tranzitu sutinkama taip ne

b) Sutinkama skirti lydinčius asmenis nuo.... taip ne

Parašas _____ Data _____

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA ON THE RETURN/READMISSION OF PERSONS (AGREEMENT ON READMISSION)

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania,

On the basis of the friendly relations obtaining between the two States and their peoples,

Intending to combat illegal immigration in the spirit of European endeavours in this field,

Desiring to facilitate the readmission of persons who are residing illegally in the territory of the other Contracting Party and the transit of persons in keeping with the general rules of international law and in the spirit of cooperation,

Have agreed as follows:

SECTION I. ADMISSION OF OWN AND OTHER NATIONALS

Article 1

(1) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party and without any particular formalities, admit persons who do not, or who no longer, fulfil the conditions in force for entry into or residence in the territory of the requesting Contracting Party provided that it is proved or established as a presumption that they possess the nationality of the requested Contracting Party. The same shall apply with respect to persons who during their residence in the territory of the other Contracting Party have lost their nationality without acquiring another nationality or having received at least a guarantee of naturalization from the other Contracting Party.

(2) Paragraph 1 shall apply, *mutatis mutandis*, to persons who have entered the territory of the requesting Contracting Party with a valid national passport of the requested Contracting Party. (3) The requesting Contracting Party shall readmit such persons on the same terms should it subsequently be found within six months that at the time the person left the territory of the requesting Contracting Party he or she did not meet the requirements under paragraphs 1 and 2.

Article 2

(1) The competent authority of the requested Contracting Party shall report promptly to a request for admission and in any event within 14 days.

(2) Once consent has been given, the competent authorities of the Contracting Parties shall come to an agreement in writing in advance concerning the date of transfer.

(3) The transfer shall take place promptly, normally within one week of the expiry of the time limit specified in paragraph 1, or in exceptional cases within a maximum of one month

(4) If the requesting Contracting Party is unable to comply with the time limit for transfer, it shall immediately inform the requested Contracting Party. It shall give notice of the new date of transfer at least one week in advance, making reference to the earlier request for admission.

SECTION II. ADMISSION OF THIRD-COUNTRY NATIONALS AND STATELESS PERSONS IN CASES OF ILLEGAL ENTRY AND ILLEGAL RESIDENCE

Article 3

(1) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party, admit a person who does not possess the nationality of either Contracting Party (a third-country national) if he or she does not meet the requirements in force in the territory of the requesting Contracting Party for entry and residence and if it is proved or the presumption is established that the person:

1. Possesses a valid residence permit issued by the other Contracting Party; or
2. Possesses a valid visa issued by the other Contracting Party in cases where the requesting Contracting Party is endeavouring to repatriate the person as a matter of priority to the State of origin; or
3. Entered the territory of the requesting Contracting Party illegally or gained entry fraudulently using false documents, and arrived directly by air or sea from the territory of the requested Contracting Party.

(2) Paragraph 1 shall apply, *mutatis mutandis*, to persons whose last place of residence was in the territory of the requested Contracting Party.

Article 4

(1) The admission request must be submitted within 12 months after the competent authorities have become aware of the illegal entry or illegal residence of the third-country national.

(2) The requested Contracting Party shall respond promptly to an admission request and in any event within 14 days.

(3) The supervised admission of a third-State national shall take place promptly, and in any event within at most three months after the requested Contracting Party consents to the admission. This term shall, upon application of the requesting Contracting Party, be extended only if there are legal or practical obstacles to the readmission and for the duration thereof.

(4) The competent authorities of the Contracting Parties shall come to an agreement in writing in advance concerning the intended date of transfer.

(5) The requesting Contracting Party shall readmit a third-country national, without any particular formalities, if the requested Contracting Party ascertains within 30 days of the admission of the third-country national that the requirements under article 3 have not been met.

SECTION III. TRANSIT

Article 5

(1) The Contracting Parties shall permit the passage or transit of third-country nationals through their territory when so requested by the other Contracting Party and when the continuation of the journey through possible States of transit and into the State of destination is assured.

(2) Passage or transit may be refused if:

1. The person would be at risk of persecution for the reasons specified in the conventions referred to in article 10, paragraph 1, of this Agreement or would face likely criminal prosecution or punishment in a subsequent State of transit or in the State of destination; or

2. The person is threatened with criminal prosecution in the territory of the requested Contracting Party; the requesting Contracting Party shall be notified of such a situation prior to transit.

(3) In the event of transit by air the requesting Contracting Party shall not be required to obtain a transit visa.

(4) Even after consent has been given, persons admitted for transit may be returned to the other Contracting Party if circumstances as described in paragraph 2 subsequently arise or become known that constitute an obstacle to transit or if continuation of the journey or admission by the State of destination is no longer assured.

SECTION IV. DATA PROTECTION

Article 6

(1) Insofar as personal data are to be communicated in order to implement this Agreement, such information may concern only the following:

1. The particulars of the person to be transferred and, where applicable, of the members of the person's family (surname, given name, where applicable former surnames, nicknames or pseudonyms, date and place of birth, sex, current and former nationalities);

2. Identity card or passport (number, expiration date, date of issue, issuing authority, place of issue, etc.);

3. Other information needed to identify persons to be transferred;

4. Stopping places and itineraries;

5. Other information requested by one of the Contracting Parties which it needs in order to verify that the admission requirements under this Agreement are met.

(2) To the extent that personal data are furnished under this Agreement, the following provisions apply, in compliance with the domestic legal requirements in force in each Contracting Party.

1. The recipient of the data may use them only for the stated purpose and on the terms stipulated by the authorities providing the data.

2. On request, the recipient of the data shall inform the authorities providing them of the use made of the data and of any results obtained through them.

3. Personal data may only be provided to the competent agencies. Forwarding to other agencies shall require prior permission from the agency providing the data.

4. The authority providing the data must ensure that they are correct, necessary, and proportionate to the purpose for which the data have been provided. Prohibitions on the provision of data under national law shall be respected. If it is shown that incorrect data, or data that should not have been provided, were provided, the recipient shall be informed immediately. The recipient must then correct or destroy the data.

5. The providing and receiving authorities must keep an official record of the provision and receipt of data relating to individuals.

6. The providing and receiving authorities must provide effective protection of personal data against unauthorized access, unauthorized alteration, and unauthorized publication.

SECTION V. COSTS

Article 7

All costs in connection with transporting the person to the frontier of the requested Contracting Party and the costs of transit under article 5 shall be borne by the requesting Contracting Party. The same shall apply in cases of readmission under article 4, paragraph 5.

SECTION VI. IMPLEMENTING PROVISIONS

Article 8

Any further arrangements needed in order to implement this Agreement, in particular concerning:

- a) Mutual notification procedures;
- b) The information, documents and evidence required for admission;
- c) The authorities responsible for implementing this Agreement;
- d) The reimbursement of costs under article 7; and
- e) The provisions governing the passage or transit of third-country nationals

shall be agreed upon by the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Ministry of the Interior of the Republic of Lithuania in a protocol for the implementation of this Agreement.

SECTION VII. CONSULTATIONS

Article 9

(1) The Contracting Parties shall provide each other with mutual assistance in the application and interpretation of this Agreement and the protocol for the implementation thereof. Disputes shall be settled by the two Contracting Parties within the framework of consultations headed by the interior ministries concerned.

(2) The Contracting Parties shall inform each other about the legal provisions governing authorization for entry and residence in the territory of their State and about all re-admission agreements so far concluded and in force with third countries.

SECTION VIII. FINAL PROVISIONS

Article 10

(1) Application of the Geneva Convention of 28 July 1951 relating to the Status of Refugees, together with the New York Protocol of 31 January 1967 relating to the Status of Refugees, shall not be affected.

(2) The obligations of the Contracting Parties under international treaties shall not be affected.

Article 11

(1) This Agreement shall remain in force indefinitely.

(2) With the signing of this Agreement the domestic requirements for its entry into force will be fulfilled for the Federal Republic of Germany.

(3) This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date on which the Government of the Republic of Lithuania notifies the Government of the Federal Republic of Germany that the domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

Article 12

This Agreement may be amended or supplemented by mutual agreement.

Article 13

The Contracting Parties shall provide each other with as much information as possible about the means of proving or establishing a presumption of nationality mentioned in the

Protocol to this Agreement by forwarding models within 30 days of the entry into force of this Agreement.

Article 14

The Government of the Federal Republic of Germany shall cause this Agreement to be registered immediately after its entry into force with the Secretariat of the United Nations under article 102 of the Charter of the United Nations. The other Contracting Party shall be notified of the United Nations registration number as soon as registration is confirmed by the Secretariat of the United Nations.

Article 15

(1) Either Contracting Party may suspend the application of this Agreement for reasons of public order, safety or health by official notification or terminate it on important grounds.

(2) Suspension of this Agreement shall take effect seven days after receipt of notification. Termination shall take effect on the first day of the month following the month in which notification is received by the other Contracting Party.

Done at Berlin on 16 December 1998 in two originals, in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

[WOLF-RUTHART BORN]

[OTTO SCHILY]

For the Government of the Republic of Lithuania:

[STASYS SEDBARAS]

PROTOCOL FOR THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT OF 16
DECEMBER 1998 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUB-
LIC OF LITHUANIA ON THE RETURN/READMISSION OF PERSONS
(AGREEMENT ON READMISSION)

The Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Min-
istry of the Interior of the Republic of Lithuania,

On the basis of article 8 of the Agreement of 16 December 1998 between the Govern-
ment of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania
on the Return/Readmission of Persons (Agreement on Readmission)

Have agreed as follows:

Article 1

(1) Nationality or former nationality may be proved:

(a) In the case of German nationals by:

Certificates of nationality;

Regular, collective, diplomatic or official passports or passport substitutes;

Personal identity documents (including provisional personal identity documents);

Military passes and military identity documents;

Children's identity documents in lieu of a passport;

Officially issued documents;

Seamen's registration cards and boatmen's identity documents;

Unambiguous information from official sources.

(b) In the case of Lithuanian nationals by:

Regular or diplomatic passports;

Repatriation documents;

Military passes and military identity documents;

Children's travel documents;

Civil servants' passes.

(2) Place of residence under article 3, paragraph 2, of the Agreement on Readmission
may be proved by means of official certificates of the requested Contracting Party or offi-
cial documents of a third State.

(3) Upon presentation of the valid proof specified in paragraphs 1 and 2, nationality
or place of residence must be accepted without further investigation.

(4) A presumption of nationality may be established in particular:

(a) In the case of German nationals by:

Copies of the means of proof specified in paragraph 1;

Driving licences;

Birth certificates;

Company passes;

Copies of the documents in question;

Statements by witnesses concerning nationality;

Information supplied by the person concerned;

The language of the person concerned.

(b) In the case of Lithuanian nationals by:

Copies of the means of proof specified in paragraph 1;

Driving licences;

Birth certificates;

Seamen's registration cards and boatmen's identity documents;

Company passes;

Copies of the documents in question;

Statements by witnesses concerning nationality;

Information supplied by the person concerned;

The language of the person concerned;

together with other documents which may be of assistance in ascertaining nationality.

(5) A presumption of nationality under article 3, paragraph 2, of the Agreement on Readmission may be established in particular by means of documents, receipts and vouchers indicating that the person concerned has his or her place of residence in the territory of the requested Contracting Party.

(6) A presumption of nationality or residence shall be deemed established as between the Contracting Parties unless refuted by the requested Contracting Party.

(7) The documents listed in paragraphs 1, 2, 4 and 5 shall suffice to establish a presumption of citizenship or residence even if their period of validity has expired.

Article 2

The admission request may be submitted by the requesting Contracting Party:

1. To the competent mission or post abroad, insofar as the issuance of a travel document as a passport substitute for repatriation is required;

2. In other cases, to the competent authorities of the requested Contracting Party as indicated in article 6, subparagraph (b).

Article 3

(1) The competent mission abroad of the requested Contracting Party shall, if necessary without delay, issue the person whom the requested Contracting Party has agreed to

admit a travel document as a passport substitute for repatriation which is also recognized by possible transit States; in this case, further approval for transfer shall not be required.

(2) The readmission request provided for in article 2 must contain the following information corresponding to the available documents or information on the persons to be transferred:

The particulars of the person to be transferred (given name(s), surname(s), date and place of birth and last place of residence in the territory of the requested Contracting Party);

Description of the means of proving or establishing a presumption of nationality or residence in the territory of the requested Contracting Party;

Remarks concerning any special assistance, attention or medical care required by the person to be transferred owing to illness or age, with the person's consent;

Any other protective or security measures necessary for transfer in specific cases.

(3) If the mission, on issuing the travel document, requests supervised repatriation, the competent authorities indicated in article 6, subparagraph (b), shall be notified of transfer at least two working days in advance.

Article 4

(1) This article shall apply to persons who possess neither German nor Lithuanian nationality (third-country nationals and stateless persons).

(2) The admission request must provide information concerning the means of proving or establishing a presumption of illegal entry or illegal residence and contain, insofar as the following information:

The particulars of the person to be transferred (given name(s), surname(s), date and place of birth, nationality and last place of residence in the country of origin);

Type, number and place of issuance of the personal documents of the person to be transferred;

Place and manner of the illegal entry;

Information concerning the illegal residence;

Information concerning the possession of a valid visa or other residence permit issued by the requested Contracting Party;

Any special assistance, attention or medical care required by the person to be transferred owing to illness or age, with his or her consent;

Any other protective or security measures necessary for transfer in specific cases;

Language abilities of the person to be transferred, in particular whether an interpreter is needed to communicate with the person to be transferred.

(3) Entry into the territory of the requesting State, residence in the territory of the requesting State, the illegality of such entry and residence and the possession of a valid visa or other valid residence permit issued by the requested State in accordance with article 3 of the Agreement on Readmission must be proved or established as a presumption.

1. Entry and residence in the territory of the requesting State and the possession of a valid visa or other valid residence permit issued by the requested State may be:

(a) Proved by means of:

Exit and entry stamps of the authorities of the requested Contracting Party in travel documents,

Notations by the authorities of the requested Contracting Party in travel documents,

Air tickets, receipts or invoices that clearly establish the stay of the person in the territory of the requested State.

Proof furnished in this manner shall be accepted by the Contracting Parties without further investigation.

(b) Established as a presumption by means of:

Railway, airline or ship tickets that document the travel route in the territory of the requested State,

The place and circumstances in which the alien was apprehended after entry,

Statements by frontier officials who can attest to the frontier crossing,

Statements by witnesses.

A presumption established in this manner shall be deemed accepted by the Contracting Parties unless refuted by the requested Contracting Party.

2. The illegality of the entry or residence is proved if the person's frontier-crossing papers do not contain the required visa or other residence permit for the territory of the requesting State. To establish a presumption that the entry or residence is illegal, the statement of the requesting Contracting Party that the person, according to its findings, does not possess the necessary frontier-crossing papers or the necessary visa or other residence permit shall suffice.

(4) The transfer shall take place at the frontier-crossing point agreed upon by the competent authorities of the Contracting Parties and at the agreed time.

(5) In the event of repatriation under escort, the form provided in annex 1 shall be presented.

Article 5

(1) Requests for transit pursuant to article 5 of the Agreement on Readmission shall be made in writing. Insofar as possible, the request must contain the particulars of the alien (given name(s), surname(s), date and place of birth, nationality, and type and number of travel document) and, in every case, a statement that the conditions referred to in article 5, paragraph 1, of the Agreement on Readmission have been fulfilled and that there are no known grounds for refusal as set out in article 5, paragraph 2, of the Agreement on Readmission. In addition, the intended frontier-crossing point, the intended time of transfer and, where applicable, the fact that special medical care must be provided, must be specified.

(2) The requested Contracting Party shall immediately communicate with the requesting Contracting Party in writing about the admission, indicating the frontier-crossing

point and the intended time of admission, or its refusal of admission and the grounds for the refusal.

(3) Authorization shall be required for the transit of a person through the territory of the other Contracting Party; the form provided in annex 2 shall be used for this purpose. If the person is to be transferred to the requested Contracting Party, the form provided in annex 1 shall be presented.

(4) The transit and, where necessary, the provision of an official escort shall be undertaken by an escort of the requesting Contracting Party by land, water or air as far as the frontier of the requested State.

The following shall be responsible for the further escort of persons to the State of destination:

The requested Contracting Party for a journey by land; and

The requesting Contracting Party for a journey by air; the requested Contracting Party may assume the official escort duties upon application of the requesting Contracting Party.

(5) The Border Patrol Administration on the German side, and the Ministry of the Interior on the Lithuanian side shall be responsible for reaching an agreement on the costs incurred and the settlement of these costs.

Article 6

The competent authorities shall be:

(a) In respect of applications for passports and repatriation documents issued by missions abroad:

In the Federal Republic of Germany:

The authorities of the federal Länder entrusted with the implementation of immigration law (immigration authorities, presidents of administrative districts, interior ministers and senators of the Länder); or

The Border Patrol Administration;

In the Republic of Lithuania:

The Ministry of the Interior:

SALTONISKIU 19

2000 VILNIUS LITHUANIA

Fax: (3702) 725364

Telephone: (3702) 723069

(b) For admission request application and processing:

In the Federal Republic of Germany:

The Border Patrol Administration

Roonstrasse 13

D-56068 Koblenz

Telephone: 0049 261 399-0 (operator)

0049 261 399-0 (Main Office/24-hour service)

Fax: 0049 261 399-218;

In the Republic of Lithuania:

The Ministry of the Interior Saltoniskiu 19 2000 Vilnius Lithuania Fax (3702) 725364
Telephone (3702) 723069

(c) For direct air or sea travel

The frontier authority responsible for the frontier-crossing point in question up to a maximum of four days after the exit from the Contracting State.

(d) For transit applications:

In the Federal Republic of Germany:

The Border Patrol Administration

Roonstrasse 13

D-56068 Koblenz

Telephone: 0049 261 399-0 (operator)

0049 261 399-0 (Main Office/24 hour service)

Fax: 0049 261 399-218;

In the Republic of Lithuania:

The Immigration Department Ministry of the Interior Saltoniskiu 19 2000 Vilnius
Lithuania Fax: (3702) 725364 Tel.: (3072) 723069

Article 7

Disputes relating to the implementation of this Protocol shall be settled under the procedure provided for in article 9 of the Agreement on Readmission.

Article 8

(1) This Protocol shall enter into force simultaneously with the Agreement on Readmission. (2) This Protocol shall remain in force for the same duration as the Agreement on Readmission.

Done at Berlin on 16 December 1998, in two originals, in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany:

[OTTO SCHILY]

For the Interior Ministry of the Republic of Lithuania:

[STASYS SEDBARAS]

ANNEX 1 TO THE PROTOCOL FOR THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT OF 16 DECEMBER 1998 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA ON THE RETURN/READMISSION OF PERSONS (AGREEMENT ON READMISSION)

Record of the repatriation and transit of third-country nationals

(Authority) _____ (Place, date) _____

1. Given name and surname _____

Date and place of birth _____

Place of residence in country of origin (if known) _____

Nationality _____

Identity was established on the basis of: _____

2. Minors up to 18 years of age: _____

3. Reasons for request: _____

4. Means of proving or establishing a presumption of illegal entry or illegal residence: _____

5. Attachments (a)
_____ (b)
_____ (c)

6. Objects, documents and money to be handed over in connection with the transfer of the person concerned: _____

7. The transfer of the person concerned is due to take place as follows (date/flight): _____

8. Admission is approved Admission is not approved

9. Reasons for refusal: _____

Signature _____
Place, date _____

10. The transfer/admission of the persons and receipt of the objects, documents or money to be handed over pursuant to item 6 is hereby confirmed (only in the case of escorted repatriation).

11. Comments: _____

Place, date

Signature

Signature

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
LITUANIE CONCERNANT LE RENVOI OU LA RÉADMISSION DE PER-
SONNES (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie,

Guidés par les relations d'amitié qui existent entre les deux Etats et leurs peuples,

Dans le but de combattre l'immigration illégale dans l'esprit des initiatives européennes dans ce domaine,

Désireux de faciliter la réadmission des personnes qui résident illégalement sur le territoire de l'autre Partie contractante et le transit des personnes conformément aux règles générales du droit international et dans un esprit de coopération,

Sont convenus de ce qui suit :

TITRE I. ADMISSION DES RESSORTISSANTS DES ETATS CONTRACTANTS ET DES RESSORTIS-
SANTS D'ETATS TIERS

Article premier

1) Chacune des Parties contractantes, à la demande de l'autre, admet sans autre formalité les personnes qui, sur le territoire de la Partie requérante, ne remplissent pas ou ont cessé de remplir les conditions d'entrée et de séjour, s'il est prouvé ou présumé qu'elles possèdent la nationalité de la Partie contractante requise. Il en est de même pour les personnes qui, au cours de leur séjour sur le territoire de l'autre Partie contractante requérante ont été déchues de la nationalité de la Partie contractante requise et n'ont pas acquis une autre nationalité ni obtenu au moins une assurance de naturalisation de la part de la Partie contractante requérante.

2) Le paragraphe 1 du présent article s'applique mutatis mutandis, aux personnes qui sont entrées sur le territoire de la Partie contractante requérante munies d'un passeport national en cours de validité de la Partie contractante requise.

3) La Partie contractante requérante réadmet lesdites personnes dans les mêmes conditions lorsqu'un examen ultérieur révèle dans les six mois que lorsqu'elles ont quitté le territoire de la Partie contractante requérante elles ne remplissaient pas les conditions indiquées aux paragraphes 1 et 2 du présent article.

Article 2

1) L'autorité compétente de la Partie contractante requise répond sans délai à la demande d'admission et, en tout état de cause, dans les 14 jours qui suivent la demande.

2) Une fois que le consentement est donné, les autorités compétentes des Parties contractantes conviennent au préalable par écrit de la date de remise.

3) La remise s'effectue sans retard, normalement dans la semaine qui suit l'expiration du délai stipulé au paragraphe 1 du présent article ou, dans des circonstances exceptionnelles, dans un délai maximum d'un mois.

4) Si la Partie contractante requérante n'est pas en mesure de respecter le délai prévu pour la remise, elle en informe immédiatement la Partie contractante requise. Elle annonce la nouvelle date de remise au moins une semaine à l'avance, en rappelant la demande d'admission initiale.

TITRE II. ADMISSION DE RESSORTISSANTS DE PAYS TIERS ET DES APATRIDES EN CAS D'ENTRÉE ILLÉGALE ET DE SÉJOUR ILLÉGAL

Article 3

1) Chacune des Parties contractantes admet, à la demande de l'autre Partie contractante, une personne qui ne possède pas la nationalité de l'une ou l'autre Partie contractante (ressortissant d'un pays tiers) si elle ne remplit pas les conditions d'entrée et de séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante et s'il est prouvé ou présumé que la personne :

1. Est en possession d'un titre de séjour en cours de validité délivré par l'autre Partie contractante ; ou

2. Est en possession d'un visa en cours de validité délivré par l'autre Partie contractante lorsque la Partie contractante requérante s'efforce de reconduire en priorité l'intéressé dans son Etat d'origine ; ou

3. Est entrée illégalement sur le territoire de la Partie contractante requérante ou a obtenu frauduleusement la permission d'entrée en utilisant de faux documents et est arrivée directement par voie aérienne ou maritime du territoire de la Partie contractante requise.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent, mutatis mutandis, aux personnes dont le dernier domicile était situé sur le territoire de la Partie contractante requise.

Article 4

1) La demande d'admission doit être présentée dans les 12 mois suivant la date à laquelle les autorités compétentes ont été au courant de l'entrée illégale ou du séjour illégal du ressortissant d'un pays tiers.

2) La Partie contractante requise répond sans délai à une demande d'admission et en tout état de cause, dans les 14 jours.

3) L'admission sous escorte de la police du ressortissant d'un Etat tiers s'effectue sans délai et, en tout état de cause, dans un délai maximum de trois mois après que la Partie contractante requise ait donné son consentement pour l'admission. Ce délai n'est prorogé, à la

demande de la Partie contractante requérante, que s'il existe des obstacles juridiques ou pratiques à la réadmission.

4) Les autorités compétentes des Parties contractantes conviennent au préalable par écrit de la date envisagée pour la reconduite.

5) La Partie contractante requérante réadmet sans autre formalité le ressortissant d'un pays tiers si la Partie contractante requise détermine dans les 30 jours qui suivent l'admission du ressortissant d'un pays tiers que les conditions prévues à l'article 3 n'ont pas été remplies.

TITRE III. TRANSIT

Article 5

1) Chacune des Parties contractantes permet le passage ou le transit de ressortissants de pays tiers par son territoire, à la demande de l'autre Partie contractante et lorsque la poursuite du voyage à travers d'éventuels Etats de transit et l'entrée sur le territoire de l'Etat de destination sont garantis.

2) Le passage ou le transit peut être refusé lorsque :

1. La personne risque de faire l'objet de persécutions pour les raisons indiquées dans les conventions visées au paragraphe 1 de l'article 10 du présent Accord ou de faire l'objet de poursuites pénales ou d'être soumise à des punitions dans un Etat de transit ou dans l'Etat de destination ; ou

2. La personne est menacée de poursuites pénales sur le territoire de la Partie contractante requise ; la Partie contractante requérante sera informée d'une telle situation avant le transit.

3) En cas de transit par voie aérienne, la Partie contractante requérante n'est pas tenue d'obtenir un visa de transit.

4) En dépit d'une autorisation accordée, les personnes dont le transit est autorisé peuvent être rendues à l'autre Partie contractante quand des faits s'opposant à un transit, au sens du paragraphe 2 du présent article, se produisent ou sont décelés ultérieurement, ou quand la poursuite du voyage ou l'accueil par le pays de destination ne sont plus assurés.

TITRE IV. PROTECTION DES DONNÉES

Article 6

1) Quand la transmission de données concernant des personnes est requise dans le cadre du présent Accord, ces informations doivent concerner uniquement :

I. L'identité de la personne à remettre et le cas échéant, celle des parents proches (nom, prénom, éventuellement les noms antérieurs, surnoms et pseudonymes, la date et le lieu de naissance, le sexe, la nationalité actuelle et la nationalité antérieure) ;

2. La carte d'identité ou le passeport (numéro, date d'expiration, date d'émission, autorité ayant délivré le document, lieu de délivrance, etc.)

3. D'autres renseignements nécessaires pour identifier la personne à remettre ;
4. Les lieux de séjour et les itinéraires ;
5. D'autres renseignements demandés par l'autre Partie contractante et dont elle a besoin pour s'assurer que les conditions d'admission en vertu du présent Accord sont remplies.

2) Lors de la transmission de données personnelles effectuée dans le cadre du présent Accord, les conditions suivantes sont à respecter aux termes des réglementations nationales en vigueur dans chacune des Parties contractantes :

1. Le destinataire ne peut utiliser les données transmises que pour atteindre le but déclaré et dans les conditions formulées par l'autorité qui fournit les données.

2. A la demande de l'autorité expéditrice, le destinataire la renseigne sur l'utilisation des données transmises et sur les résultats obtenus.

3. Les données à caractère personnel ne peuvent être transmises qu'aux autorités compétentes. Une transmission ultérieure à d'autres autorités est subordonnée à l'autorisation préalable de l'autorité expéditrice.

4. L'autorité expéditrice est tenue de vérifier les données transmises et de s'assurer qu'elles sont nécessaires aux fins annoncées et sont à la mesure de celles-ci. Les interdictions selon les lois nationales concernant la transmission de données doivent être respectées. S'il s'avère que des données incorrectes, ou des données dont la communication est prohibée, ont été transmises, le destinataire doit être informé immédiatement et il doit procéder à une correction ou à la destruction des données en question.

5. L'autorité qui fournit les données et celle qui les reçoit sont tenues de consigner officiellement la transmission et la réception de données personnelles.

6. L'autorité qui fournit les données et celle qui les reçoit sont tenues de protéger efficacement les données personnelles contre l'accès, la modification et la diffusion non autorisés.

TITRE V. FRAIS

Article 7

Tous les frais résultant du voyage de retour jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise, ainsi que les frais de transit conformément à l'article 5 du présent Accord, sont à la charge de la Partie contractante requérante. Il en va de même pour les réadmissions aux termes du paragraphe 5 de l'article 4 du présent Accord.

SECTION VI. MODALITÉS D'APPLICATION

Article 8

Le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'intérieur de la République de Lituanie conviendront des dispositions supplémentaires nécessaires à l'application du présent Accord, en particulier en ce qui concerne :

- a) Les modalités de communication réciproque des informations,
- b) Les renseignements, pièces et moyens de preuve nécessaires à l'admission,
- c) Les autorités compétentes pour l'application du présent Accord,
- d) Le remboursement des frais visés à l'article 7 du présent Accord, et
- e) Les conditions du passage ou du transit de ressortissants d'Etats tiers.

TITRE VII. CONSULTATIONS

Article 9

- 1) Les Parties contractantes se prêtent mutuellement appui aux fins de l'application et de l'interprétation du présent Accord et de son Protocole d'application. Les différends sont réglés par les deux Parties contractantes dans le cadre de consultations conduites par leurs ministres de l'intérieur.
- 2) Les Parties contractantes s'informent mutuellement des dispositions juridiques régissant l'autorisation d'entrée et de séjour sur leur territoire et des accords de réadmission en vigueur conclus jusqu'à présent avec des pays tiers.

TITRE VIII. DISPOSITIONS FINALES

Article 10

- 1) Le présent Accord n'a pas d'effet sur la Convention de Genève du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés, ou sur le Protocole du 31 janvier 1967 relatif au statut des réfugiés.
- 2) Le présent Accord n'affecte pas les obligations incombant aux Parties contractantes en vertu de traités internationaux.

Article 11

- 1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.
- 2) Les formalités internes d'entrée en vigueur requises pour la République fédérale d'Allemagne seront remplies par la signature du présent Accord.
- 3) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date à laquelle le Gouvernement de la République de Lituanie informe le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que les formalités internes requises pour son entrée en vigueur ont été remplies.

Article 12

Le présent Accord peut être modifié ou complété par accord des Parties.

Article 13

Chacune des Parties contractantes fournit à l'autre Partie contractante autant d'information que possible sur les moyens d'établissement de la preuve ou de la présomption de nationalité mentionnée dans le Protocole du présent Accord en lui transmettant des modèles dans les 30 jours qui suivent l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 14

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait enregistrer le présent Accord immédiatement après son entrée en vigueur auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies, aux termes de l'article 102 de la Charte des Nations Unies. Le numéro d'enregistrement des Nations Unies sera communiqué à l'autre Partie contractante dès que l'enregistrement sera confirmé par le Secrétariat des Nations Unies.

Article 15

1) Chacune des Parties contractantes peut suspendre ou dénoncer le présent Accord pour des motifs importants, en particulier pour des raisons d'ordre public, de sûreté de l'Etat ou de santé, après avoir averti officiellement l'autre Partie.

2) La suspension du présent Accord prend effet sept jours après réception de la notification. La dénonciation prend effet le premier jour du mois qui suit celui au cours duquel la notification est reçue par l'autre Partie contractante.

Fait à Berlin le 16 décembre 1998 en deux exemplaires originaux, en langues allemande et lituanienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:

[WOLF-RUTHART BORN]

[OTTO SCHILY]

Pour le Gouvernement de la République de Lituanie :

STASYS SEDBARAS

PROTOCOLE D'APPLICATION DE L'ACCORD DU 16 DÉCEMBRE 1998 ENTRE LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE CONCERNANT LE
RENVOI/LA RÉADMISSION DE PERSONNES (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Ministère de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'intérieur de la République de Lituanie,

Sur la base de l'article 8 de l'Accord du 16 décembre 1998 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant le renvoi/la réadmission de personnes (Accord de réadmission),

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1) Les pièces ci-après peuvent constituer des preuves de la nationalité actuelle ou antérieure :

a) Dans le cas de la nationalité allemande :

Certificats de nationalité ;

Passeports nationaux, passeports collectifs, passeports diplomatiques, passeports de service ou documents tenant lieu de passeport ;

Cartes d'identité (même provisoires) ;

Livrets ou cartes d'identité militaires ;

Cartes d'identité de mineurs tenant lieu de passeport ;

Documents officiels indiquant la nationalité ;

Livrets de marin et livrets de batelier ;

Informations précises fournies par les autorités officielles ;

b) Dans le cas de la nationalité lituanienne :

Passeports nationaux ou passeports diplomatiques ;

Documents de rapatriement ;

Livrets et cartes d'identité militaires ;

Documents de voyage de mineurs ;

Cartes de service de la fonction publique.

2) La preuve du domicile selon le paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord de réadmission peut être établie par des attestations officielles de la Partie contractante requise ou des pièces officielles d'un Etat tiers.

3) Sur présentation des moyens de preuve valides énumérés aux paragraphes 1 et 2 du présent article, la nationalité ou le domicile doivent être acceptés sans autre formalité.

4) La présomption de nationalité peut être établie notamment par les pièces ci-après :

a) Dans le cas de la nationalité allemande :

Les copies des moyens de preuve énumérés au paragraphe 1 du présent article ;

Un permis de conduire ;

Un extrait d'acte de naissance ;

Une carte de service d'une entreprise ;

Des copies des documents en question ;

Des déclarations de témoins concernant la nationalité ;

Des indications de l'intéressé ;

La langue de l'intéressé.

b) Dans le cas de la nationalité lituanienne :

Les copies des moyens de preuve énumérés au paragraphe 1 du présent article ;

Un permis de conduire ;

Un extrait d'acte de naissance ;

Un livret de marin et un livret de batelier ;

Une carte de service d'une entreprise ;

Des copies des documents en question ;

Des déclarations de témoins concernant la nationalité ;

Des indications fournies par l'intéressé ;

La langue de l'intéressé ;

Ainsi que toutes autres pièces pouvant permettre de déterminer la nationalité.

5) La présomption de nationalité aux termes du paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord de réadmission peut être établie en particulier par des documents, reçus et récépissés indiquant que l'intéressé a son domicile sur le territoire de la Partie contractante requise.

6) La présomption de nationalité ou de domicile est réputée ainsi établie entre les Parties contractantes tant que la Partie contractante requise ne la conteste pas.

7) Les pièces énumérées aux paragraphes 1, 2, 4 et 5 du présent article suffisent à établir la présomption de nationalité ou de domicile même si elles sont périmées.

Article 2

La Partie contractante requérante peut déposer la demande d'admission :

1. Auprès de la mission diplomatique ou du poste consulaire à l'étranger, pour autant que la délivrance d'un document de voyage, tel qu'un document tenant lieu de passeport, soit requise pour la reconduite ;

2. Dans d'autres cas, auprès des autorités compétentes de la Partie contractante requise comme il est indiqué à l'alinéa (b) de l'article 6.

Article 3

1) La mission compétente de la Partie contractante requise à l'étranger délivre éventuellement, sans délai, à la personne que la Partie contractante requise a accepté d'admettre,

un document de voyage, tel qu'un document tenant lieu de passeport, pour la reconduite, qui est aussi reconnu par d'éventuels Etats de transit ; dans ce cas, une nouvelle autorisation de reconduite n'est pas requise.

2) Dans la demande de réadmission prévue à l'article 2 doivent figurer les renseignements suivants correspondant aux pièces disponibles ou aux informations sur les personnes à reconduire :

L'identité de la personne à reconduire (prénom(s), nom(s), date et lieu de naissance et dernier domicile sur le territoire de la Partie contractante requise) ;

les renseignements sur les moyens d'établissement de la preuve ou de la présomption de nationalité ou de domicile sur le territoire de la Partie contractante requise ;

les observations concernant toute aide, attention ou soins médicaux spéciaux requis par la personne à remettre en raison de son état de santé ou de son âge, avec le consentement de l'intéressé ;

Toutes autres mesures de protection ou de sécurité nécessaires lors de la remise dans des cas particuliers.

3) Si la mission, en délivrant les documents de voyage, demande une reconduite sous escorte de la police, les autorités compétentes indiquées à l'alinéa (b) de l'article 6 sont informées de la reconduite au moins deux jours ouvrables à l'avance.

Article 4

1) Les dispositions du présent article s'appliquent aux personnes qui ne possèdent ni la nationalité allemande ni la nationalité lituanienne (ressortissants d'Etats tiers ou apatrides).

2) Dans la demande de réadmission doivent figurer les renseignements sur les moyens d'établissement de la preuve ou de la présomption d'entrée illégale ou de séjour illégal et, si possible, les renseignements sur :

L'identité de la personne à reconduire (prénom(s), nom(s), date et lieu de naissance, nationalité et dernier domicile sur le territoire de l'Etat d'origine) ;

La nature, le numéro et le lieu de délivrance des pièces d'identité de la personne à remettre ;

Le lieu et la nature de l'entrée illégale ;

Les renseignements sur le séjour illégal ;

Les renseignements sur la détention d'un visa en cours de validité ou autre titre de séjour délivré par la Partie contractante requise ;

Toute aide, attention ou soins médicaux spéciaux requis par la personne à reconduire en raison de son état de santé ou de son âge, avec le consentement de l'intéressé ;

Toutes autres mesures de protection ou de sécurité nécessaires lors de la reconduite dans des cas particuliers ;

Les connaissances linguistiques de la personne à remettre, en particulier l'indication que la présence d'un interprète est nécessaire pour communiquer avec ladite personne.

3) La preuve ou la présomption d'entrée sur le territoire de la Partie contractante requérante, de séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante, d'illégalité de cette entrée ou de ce séjour et de possession d'un visa en cours de validité ou d'autre titre de séjour délivré par la Partie contractante requise conformément à l'article 3 du présent Accord de réadmission doit être établie.

1. La preuve ou la présomption d'entrée ou de séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante et de détention d'un visa en cours de validité ou de tout autre titre de séjour délivré par la Partie contractante requise peut être établie :

a) Dans le cas de la preuve par :

Le timbre de sortie et d'entrée apposé sur les documents de voyage par la Partie contractante requise ;

Les indications de la Partie contractante requise portées dans les documents de voyage ;

Les billets d'avion, les attestations ou les factures qui prouvent sans ambiguïté que la personne concernée a séjourné sur le territoire de la Partie contractante requise.

Les Parties contractantes accepteront, sans autre formalité, la preuve ayant été ainsi apportée.

b) Dans le cas de la présomption, par :

Les billets de chemins de fer, d'avion ou de bateau qui indiquent l'itinéraire sur le territoire de la Partie contractante requise ;

Les lieux et les circonstances dans lesquelles l'étranger a été appréhendé après son entrée sur le territoire ;

Les déclarations des agents des services frontaliers qui peuvent attester du franchissement de la frontière ;

Les déclarations de témoins.

Les Parties contractantes accepteront, sans autre formalité, la présomption ayant été ainsi établie tant qu'elle n'est pas réfutée par la Partie contractante requise.

2. L'illégalité de l'entrée ou du séjour est prouvée par les documents avec lesquels l'intéressé a franchi la frontière qui ne portent pas les visas nécessaires ou les autres autorisations de séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante. Pour établir la présomption d'illégalité de l'entrée ou du séjour, il suffit que la Partie contractante requérante affirme que l'intéressé, selon ce qu'elle a établi, ne possède pas les documents nécessaires pour entrer sur son territoire ou les visas ou autres titres de séjour.

4) La remise s'effectue au point de passage frontalier et au moment convenus par les autorités compétentes des Parties contractantes.

5) En cas de reconduite sous escorte de la police, le formulaire figurant à l'Annexe 1 sera présenté.

Article 5

1) Les demandes de transit conformément à l'article 5 de l'Accord sur la réadmission seront présentées par écrit. Dans la demande devront figurer, dans la mesure du possible,

des renseignements sur l'identité de l'étranger (prénom(s), nom(s), date et lieu de naissance, nationalité et nature et numéro du document de voyage) et, dans tous les cas, une déclaration selon laquelle les conditions visées au paragraphe 1 de l'article 5 de l'Accord de réadmission sont remplies et qu'il n'existe aucun motif connu de refus au sens du paragraphe 2 de l'article 5 de cet Accord. La demande doit en outre préciser le point de passage frontalier, l'heure et la date de la remise et, le cas échéant, signaler que des soins médicaux particuliers sont nécessaires.

2) La Partie contractante requise informe sans retard par écrit la Partie contractante requérante de l'admission en précisant le point de passage frontalier et l'heure et la date de l'admission ou du refus d'admission, qu'elle motive.

3) Une autorisation est requise pour le passage en transit d'une personne par le territoire de l'autre Partie contractante ; le formulaire figurant à l'Annexe 2 sera utilisé à cet effet. Lorsque la personne doit être reconduite sur le territoire de la Partie contractante requise, le formulaire figurant à l'Annexe 1 sera présenté.

4) Le transit et, le cas échéant, l'escorte officielle seront assurés par la Partie contractante requérante par voie terrestre, fluviale ou maritime ou aérienne jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise.

La poursuite de l'escorte des personnes à l'Etat de destination sera assurée comme suit :

La Partie contractante requise pour un voyage par voie terrestre ; et

La Partie contractante requérante pour un voyage par avion ; la Partie contractante requise peut assurer l'escorte officielle à la demande de la Partie contractante requérante.

5) La Direction de la protection des frontières du côté allemand et le Ministère de l'intérieur du côté lituanien seront chargés de conclure un accord sur les frais encourus et le règlement de ces frais.

Article 6

Les autorités compétentes seront :

a) En ce qui concerne les demandes de passeports et les documents de reconduite délivrés par les missions diplomatiques à l'étranger :

En République fédérale d'Allemagne :

Les autorités compétentes des Länder fédéraux chargées de faire appliquer la loi sur l'immigration (services d'immigration, présidences de gouvernement, ministères de l'intérieur et sénateurs des Länder) ; ou

La Direction de la protection des frontières ;

En République de Lituanie :

Le Ministère de l'intérieur :

SALTONISKIU 19

2000 VILNIUS

LITUANIE

Numéro de télécopie :(3702) 725364

Numéro de téléphone :(3702) 723069

b) En ce qui concerne les demandes d'admission et leur traitement :

En République fédérale d'Allemagne :

La Direction de la protection des frontières

Roonstrasse 13

D-56068 Koblenz

Numéro de téléphone : 0049 261 399-0 (standard)

0049 261 399-0 (Direction/permanence)

Numéro de télécopie : 0049 261 399-218 ;

En République de Lituanie :

Le Ministère de l'intérieur

Saltoniskiu 19

2000 Vilnius

Lituanie

Numéro de télécopie : (3702) 725364

Numéro de téléphone : (3702) 723069

c) Pour les voyages directs par voie aérienne ou maritime

l'autorité de la protection des frontières chargée du point de passage frontalier considéré, à concurrence d'un maximum de quatre jours après la sortie du territoire de la Partie contractante.

d) Pour les demandes de transit :

En République fédérale d'Allemagne :

La Direction de la protection des frontières

Roonstrasse 13

D-56068 Koblenz

Numéro de téléphone : 0049 261 399-0 (standard)

0049 261 399-0 (Direction/permanence)

Numéro de télécopie : 0049 261 399-218 ;

En République de Lituanie :

Le Département de l'immigration

Ministère de l'intérieur

Saltoniskiu 19

2000 Vilnius

Lituanie

Numéro de télécopie : (3702) 725364

Numéro de téléphone : (3072) 723069

Article 7

Les différends relatifs à l'application du présent Protocole seront réglés conformément à la procédure prévue à l'article 9 de l'Accord de réadmission.

Article 8

1) Le présent Protocole entrera en vigueur en même temps que l'Accord de réadmission.

2) Le présent Protocole demeurera en vigueur pendant la même durée que l'Accord de réadmission.

Fait à Berlin, le 16 décembre 1998, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et lituanienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne :

[OTTO SCHILY]

Pour le Ministère de l'intérieur de la République de Lituanie :

[STASYS SEDBARAS]

ANNEXE 1 AU PROTOCOLE D'APPLICATION DE L'ACCORD DU 16 DÉCEMBRE
1998 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLE-
MAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE CONCER-
NANT LE RENVOI/LA RÉADMISSION DE PERSONNES (ACCORD DE
RÉADMISSION)

Procès-verbal de la reconduite et du transit de ressortissants d'Etats tiers

(Autorité) (Lieu, date)

1. Prénoms et nom _____

Date et lieu de naissance _____

Domicile dans le pays d'origine (s'il est connu) _____

Nationalité _____

L'identité a été établie sur la base de : _____

2. Mineurs de 18 ans au maximum : _____

3. Raisons de la demande : _____

4. Moyens d'établissement de la preuve ou de la présomption d'entrée illégale ou de
séjour illégal : _____

5. Pièces jointes

a) _____

b) _____

c) _____

6. Objets, documents et argent à remettre en rapport avec la reconduite de l'intéressé :

7. La reconduite de l'intéressé doit s'effectuer comme suit (date/vol) :

8. Admission approuvée

Admission non approuvée

9. Raisons du refus : _____

Signature _____ Lieu, date _____

10. L'admission de la personne reconduite et la réception des objets, documents ou sommes d'argent à remettre conformément au point 6 sont confirmées par les présentes (uniquement dans le cas de reconduite sous escorte de la police).

11. Observations : _____

Lieu, date

Signature

Signature

ANNEXE 2 AU PROTOCOLE D'APPLICATION DE L'ACCORD DU 16 DÉCEMBRE
1998 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLE-
MAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE CONCER-
NANT LE RENVOI/LA RÉADMISSION DE PERSONNES (ACCORD DE
RÉADMISSION)

Transit

Département Numéro de téléphone :

Fonctionnaire responsable/Signature Numéro de télécopie :

Intéressé

1. Nom Prénoms

Nationalité

Lieu et date de naissance

Document d'identité

Escorte oui non

Itinéraire : provenance/via/destination, date

Aéroport de transit/No de vol : arr. dép./No de vol

2. Le transit par _____ avec une escorte de ---personnes de _____
est demandé par les présentes oui non

3. a) Transit approuvé oui non

b) Escorte assurée de _____ est approuvée oui non

Signature Date